

NIEDERSCHRIFT

NR. 7

**über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates der Gemeinde Stegen
am Dienstag, dem 30. Juni 2026, im Bürgersaal des Rathauses Stegen; Beginn: 18:30
Uhr; Ende: 21:09 Uhr.**

Anwesend:

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Vorsitzende: | Bürgermeisterin Fränzi KleeB |
| 2. Gemeinderäte: | Daniel Braitsch, Sabine Behrends, Kamil Feucht, Klaus Göppentin, Tobias Heizmann, Andreas Hummel, Dr. Peter Krimmel, Matthias Martin, Wolf Dieter Möltgen, Pit Müller, Martin Rombach, Ingrid Schnetzler und Dr. Michael Stumpf (13) |
| 3. Schriftführerin: | Karla Kreuz |
| 4. Sonstige Verhandlungsteilnehmer: | |
| | <ul style="list-style-type: none">- Herr Ortsvorsteher Johannes Schweizer gemäß § 71 Abs. 4 Gemeindeordnung (GemO)- stv. Rechnungsamtsleiterin Anke Prior- Herr Andreas Hilzinger, Bauverwaltung- Herr Thomas Ketterer, Bauverwaltung (TOPs 7.5, 7.6 und 7.7)- Frau Patricia Schulte, fsp Stadtplanung, Freiburg (TOP 7.3)- Herr Jesaias Kobelt, Architekturbüro Ruch & Partner, Bad Krozingen (TOP 7.4)- Herr Armin Barth, IST EnergiePlan GmbH, Müllheim (TOP 7.4) |

Es fehlte:

Gemeinderat Stefan Willmann	- entschuldigt -
-----------------------------	------------------

Zuhörer	- 2 -
---------	-------

Zu der Sitzung wurde am 22. Juni 2026 ordnungsgemäß eingeladen. Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurde durch Anschlag an der Verkündungstafel des Rathauses und durch Hinweis im Gemeindemitteilungsblatt am 25. Juni 2026 öffentlich bekannt gemacht.

GEGENSTÄNDE DER VERHANDLUNG:

Die Beratungsvorlagen sind als Anlagen Bestandteil der Niederschrift.

7.1 Frageviertelstunde

Keine.

7.2 Bekanntgaben

a) Bekanntgaben aus der letzten nicht öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Gemeinderat in seiner letzten nicht öffentlichen Sitzung die Modalitäten zum Vertrag für das **Überbrückungsdarlehen von bis zu 20.000 €**, an den **Förderkreis des Begegnungshauses Stegen gemeinnützige UG (gUG)** beschlossen hat

b) Sonstige Bekanntgaben

- Die **FSJ-Stelle für den Kindergarten Eschbach** ab September 2026 konnte besetzt werden.
- Die **Änderung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes** tritt zum 01.01.2027 in Kraft. Die Gemeinde ist künftig für alle Bereiche, in denen sie wirtschaftlich tätig wird, umsatzsteuerpflichtig, z.B. beim Verkauf von Familienstammbüchern und der Vermietung von Hallen an Privatpersonen.
- Frau Kreuz gibt einen kurzen **Sachstand zur Umsetzung der Digitalisierungsstrategie** und die laufenden Maßnahmen. Sie geht insbesondere auf den Roll-Out des Enaio-Unterschriftenworkflows, die Einführung von KI für die Verwaltung und den Relaunch der Homepage ein.
- Herr Hilzinger berichtet über den **Sachstand des geplanten Ladesäulenpoolings**. Die Ausschreibung ist durch das Landratsamt erfolgt, die eingegangenen Angebote wurden den beteiligten Gemeinden vorgestellt und die Entscheidung, welcher Anbieter ausgewählt wird, wurde getroffen. Die Beratungsstelle führt aktuell die Vertragsverhandlungen. Für Stegen werden vier Standorte angeboten, drei in Stegen und einer im Wittental.

7.3 Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Gewerbepark Stegen – 4. Bauabschnitt“

- **Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Stellungnahmen**
 - **Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB (Anlage)**
- Teilnehmerin: Frau Patricia Schulte, fsp Stadtplanung, Freiburg**

Herr Braitsch erklärt sich für befangen und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Frau Kleeb führt in den Sachverhalt ein. Der Aufstellungsbeschluss wurde bereits gefasst und in dieser Sitzung soll der Satzungsbeschluss getroffen werden.

Frau Patricia Schulte, fsp Stadtplanung, Freiburg, erläutert den Sachverhalt anhand der vorliegenden PowerPoint-Präsentation. Sie geht insbesondere auf die wesentlichen Stellungnahmen aus der Offenlage ein. Die Erweiterungsfläche für den Bauhof wurde in den Planungen berücksichtigt.

Herr Göppentin nimmt ab 18:56 Uhr an der Sitzung teil, Herr Andreas Hummel ab 18:59 Uhr.

Herr Müller findet, dass der Bebauungsplan Maßnahmen zum Klimaschutz enthalten sollte. Insbesondere plädiert er dafür, entlang der Erschließungsstraße die Obstbäume, welche auf der Ausgleichsfläche vorgesehen sind, zu pflanzen und auf eine Versickerung des Wassers in das Grundwasser, anstatt der Einleitung in die Kanalisation hinzuwirken. Zudem wünscht er eine Begrenzung der Dachneigung auf 15 Grad, aufgrund des positiven Beitrags zum Klimaschutz beispielsweise durch Dachbegrünung und PV-Anlagen. Er spricht an, dass einige der vorgeschlagenen Baumarten der Ausgleichsfläche unter Klimaschutz-Gesichtspunkten nicht mehr angemessen sind. Frau Schulte führt aus, dass das Niederschlagswasser in das vorhandene Retentionsbecken eingeleitet werden kann.

Frau Kleeb plädiert für die Ausgleichsfläche außerhalb des Gewerbegebiets, um die Gewerbeflächen möglichst groß und flexibel für die Gewerbetreibenden zu halten.

Frau Schulte führt aus, dass die Versickerung des Grundwassers mit der relativ hohen Geschossfächenzahl eher schwierig machbar ist und gemeinsam mit der geänderten Dachneigung ggf. zu einer erneuten Offenlage führen wird.

Herr Müller stellt den Antrag, dass dem Hinweis A 6.1 des Landratsamts Breisgau-Hochschwarzwald – FB 530 Wirtschaft und Klima hinsichtlich der Begrenzung der Dachneigung auf 15 Grad und einer verbindlichen Festsetzung einer Dachbegrünung gefolgt wird. Der Antrag wird mit 3 Ja-, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Mit 11 Ja-, 1 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen beschließt der Gemeinderat, entsprechend dem auf der Beratungsvorlage gemachten Beschlussvorschlag zu verfahren.

Herr Braitsch nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.

7.4 Sanierung und Umbau des Rathauses - Beratung und Beschlussfassung über die Entwurfsplanung mit Kostenberechnung, Leistungsphase 3 (Anlage)

Teilnehmer:

- Herr Jesaias Kobelt, Architekturbüro Ruch & Partner, Bad Krozingen
- Herr Armin Barth, IST EnergiePlan GmbH, Müllheim

Die Vorsitzende führt ein und geht insbesondere auf den aktuellen Stand ein. Die Grundsatzentscheidung des Umbaus, „Ob“ die Maßnahme umgesetzt wird, wurde bereits getroffen. Nun wird über das „Wie“ der Umsetzung beraten und beschlossen. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden bereits 853.000 € für die Planungsleistungen und die Machbarkeitsstudie

etc. ausgegeben. Der Umbau wird über das Landessanierungsprogramm zu 60% gefördert, die übrigen 40% könnten über die LuKIF-Förderung gefördert werden. Sie betont, dass die Abschreibungen der Maßnahme nicht erwirtschaftet werden müssen, da der Großteil der Maßnahme gefördert wird. Sie geht auf die mögliche Vollförderung zu 100% ein und darauf, dass der Ergebnishaushalt nicht durch die Investition belastet wird. Hinzu kommt, dass der Sanierungsbedarf am Gebäude unabhängig von der Sanierung besteht.

Herr Möltgen spricht an, dass die LuKIF-Förderung nur für neu begonnene Maßnahmen abgerufen werden kann. Frau Prior führt aus, dass der Abruf der LuKIF-Mittel ab sofort erfolgen kann, für alle nun folgenden Maßnahmen. Bereits angefallene Kosten, beispielsweise die Planungskosten, bisher können nicht gefördert werden.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an Herrn Kobelt und Herrn Barth, die den Sachverhalt anhand der vorliegenden PowerPoint-Präsentation erläutern. Herr Kobelt geht insbesondere auf die Änderungen ein, die nach der Bauausschusssitzung vorgenommen wurden, die Baustellenabsicherung, den Erhalt des Zugangs zur Postfiliale und die möglichst umfangreiche Nutzung des Parkplatzes während der Bauphase. Baubeginn wäre im Januar 2027, so könnte die Frist der Förderung eingehalten werden. Der Einbau einer Klimaanlage wurde geprüft, die Kostenschätzung beläuft sich auf 315.000 € (brutto). Die Gesamtbaukosten (netto) sind um 182.000 € höher als die Kostenschätzung. Die Gründe hierfür werden erläutert.

Die von Gemeinderat Müller vorgesehene Variante, das Rechnungsamt in die Räume des Archivs zu verlegen, stellt einen Mehraufwand in Höhe von ca. 200.000 € anstatt einer Einsparung dar.

Herr Barth führt aus, dass sich bei der Haustechnik nur wenige Änderungen ergeben haben, eine davon ist die Fußbodenheizung in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sparkasse. Die Planung erfolgte so, dass möglichst viele Einsparpotentiale genutzt wurden.

Herr Rombach nimmt ab 19:45 Uhr an der Beratung teil.

Herr Kobelt antwortet auf Anfrage von Frau Behrends, dass die Klimaanlage über das Sanierungsprogramm gefördert werden könnte. Herr Hilzinger ergänzt, dass die Entscheidung beim Regierungspräsidium liege.

Herr Müller merkt an, dass die Klimaanlage nur Sinn macht, wenn eine PV-Anlage auf dem Dach installiert wird und der erzeugte Strom für die Klimaanlage genutzt wird. Herr Kobelt führt aus, aus welchen technischen Gründen auf dem Dach des Bürgersaals keine PV-Anlage installiert werden sollte.

Die Anzahl der Arbeitsplätze wird diskutiert.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Der Gemeinderat beschließt mit 10 Ja-, 4 Nein-Stimmen und ohne Enthaltungen, der vorgelegten Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zuzustimmen und den Generalplaner nach Abschluss der Genehmigungsplanung mit der nächsten Leistungsstufe zu beauftragen und den Umbau des Rathauses voranzutreiben.

Der Gemeinderat beschließt mit 10 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und bei 4 Enthaltungen, in die Planungen eine Klimaanlage miteinzubeziehen.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, einstimmig - ohne Enthaltungen - die Realisierung einer PV-Anlage auf dem Dach des Rathauses zu prüfen.

7.5 Beratung und Beschlussfassung über die Ertüchtigung der Hugmichelquelle in Eschbach mit der Beschaffung eines Quellsammelschachtes (Anlage)
Teilnehmer: Herr Thomas Ketterer, Bauverwaltung

Die Vorsitzende führt in das Thema ein und Herr Ketterer erläutert den Sachverhalt ausführlich anhand der Beratungsvorlage.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Die Bieterübersicht wird in Umlauf gegeben.

Der Ortschaftsratsrat Eschbach hat der Maßnahme ebenfalls zugestimmt.

Einstimmig - ohne Enthaltungen - beschließt der Gemeinderat, entsprechend dem auf der Beratungsvorlage gemachten Beschlussvorschlag zu verfahren.

7.6 Beratung und Beschlussfassung über die Ersatzbeschaffung eines Kleinlastkraftwagens für den Bauhof der Gemeinde Stegen (Anlage)
Teilnehmer: Herr Thomas Ketterer, Bauverwaltung

Die Vorsitzende führt in das Thema ein und Herr Ketterer erläutert den Sachverhalt ausführlich anhand der Beratungsvorlage.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Frau Prior erläutert den Deckungsvorschlag für die Finanzierung, da die Maßnahme nicht im Haushalt eingeplant wurde.

Herr Dr. Stumpf erkundigt sich, ob Förderungen des Landes für E-Fahrzeuge für Gemeinden bestehen. Herr Ketterer führt aus, dass es derzeit keine Förderungen gibt. Die Ladeinfrastruktur wird diskutiert.

Einstimmig - ohne Enthaltungen - beschließt der Gemeinderat, entsprechend dem auf der Beratungsvorlage gemachten Beschlussvorschlag zu verfahren.

7.7 Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Beseitigung der bestehenden Mängel in der Trinkwasserversorgung in der Kageneckhalle Stegen (Anlage)
Teilnehmer: Herr Thomas Ketterer, Bauverwaltung

Die Vorsitzende führt in das Thema ein und erläutert den Sachverhalt ausführlich anhand der Beratungsvorlage. Nur eine der vier angeschriebenen Sanitärfirmen hat ein Angebot abgegeben. Der Deckungsvorschlag der Maßnahme wird erläutert.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Einstimmig - ohne Enthaltungen - beschließt der Gemeinderat, entsprechend dem auf der Beratungsvorlage gemachten Beschlussvorschlag zu verfahren.

7.8 Bauantrag und Befreiungen für das Grundstück Schauinslandstraße 15, Flst. Nr. 310, Gemarkung Stegen - Erweiterung der Einliegerwohnung durch verschiedene Baumaßnahmen (Anlage)

Die Vorsitzende führt in das Thema ein und Herr Hilzinger erläutert den Sachverhalt ausführlich anhand der Beratungsvorlage.

Das Beratungsergebnis der Bauausschusssitzung vor einer Woche wird bekannt gegeben, auf das entsprechende Protokoll wird verwiesen.

Einstimmig - ohne Enthaltungen - beschließt der Gemeinderat, entsprechend dem auf der Beratungsvorlage gemachten Beschlussvorschlag zu verfahren.

7.9 Wünsche und Anregungen

Ortvorsteher Schweizer weist auf die **Spendenaktion für die Spielgeräte der Grundschule Eschbach** hin.

Gemeinderäte:

.....

.....

Vorsitzende:

.....

Schriftführer:

.....

Die Niederschrift wurde am dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Auszüge gefertigt am:

.....

In das RIS eingegeben:

.....